**Paul Krüger**

Der Wiesbadener Arbeitersohn, der sich zunächst etliche Jahre lang als Aushilfskraft und Gelegenheitsarbeiter durchgeschlagen, dann aber die Fachschule für Tiefbau besucht hatte, war 1927 vom Stadtvermessungsamt als Vermessungsgehilfe eingestellt worden. Im selben Jahr war er vom Deutschen Baugewerksbund, dem er seit Anfang der 1920er-Jahre angehört hatte, zum Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter übergetreten, welcher sich schließlich dem 1930 gegründeten freigewerkschaftlichen Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs angeschlossen hat. Auch ist Krüger 1927 Mitglied des Betriebsrats geworden und in die KPD eingetreten. Daraufhin wurde ihm erst die Leitung des hiesigen Kommunistischen Jugendverbandes übertragen, 1931 dann die der lokalen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO).

1929 ist er für seine Partei in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden, der er bis 1933 angehören sollte. Dem geradezu dramatischen Erstarken der NS-Bewegung hatte er u. a. dadurch zu begegnen versucht, dass er 1932 in den kommunalen Betrieben einen Antifaschistischen Ausschuss ins Leben rief. Wegen seiner RGO-Aktivitäten ist er im Herbst jenes Jahres aus dem Gesamtverband ausgeschlossen worden.

Anfang März 1933 war Krüger zusammen mit etlichen seiner Parteigenossen im Wiesbadener Polizeigefängnis inhaftiert und ist erst nach einem einwöchigen Hungerstreik wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Während jener Zeit ist ihm nicht nur die fristlose Entlassung aus seinem Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt, sondern außerdem der Bescheid zugestellt worden, dass ihm, der am 12. März erneut zum Stadtverordneten gewählt worden war, das Betreten des Rathauses fortan verboten sei.

Obwohl er als kommunistischer Funktionär im höchsten Maße gefährdet war und sein Domizil sogar einmal von einem bewaffneten SA-Trupp heimgesucht worden ist, setzte Krüger seine antifaschistische Arbeit unter nun illegalen Bedingungen fort. So sorgte er von einem unverdächtigen Ausweichquartier aus dafür, dass die beiden RGO-Betriebszeitungen „Scheinwerfer“ und „Kommunalarbeiter“ noch eine Weile weiter erscheinen konnten.

Hierbei zeigte sich, dass die KPD und deren Nebenorganisationen all ihren zu jener Zeit an die SPD gerichteten „Einheitsfront“-Aufrufen zum Trotz insbesondere deren Funktionäre nach wie vor genauso rigoros bekämpften wie die Faschisten. So brachte die Mai-Nummer des „Scheinwerfer“, des RGO-Organs für die Belegschaft der Verkehrsbetriebe Wiesbaden, unter der Überschrift „Achtung S.P.D.-Arbeiter! Der Verrat Eurer Führer geht noch weiter!“ einen Artikel, durch den die frühen sozialdemokratischen Widerstandsbestrebungen im Rhein-Main-Gebiet skrupellos publik gemacht wurden. Deren Anführer, der Reichstagsabgeordnete Dr. Carlo Mierendorff sowie der vormalige Vorsitzende des Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes an der Frankfurter Universität Siegfried Höxter, wurden darin obendrein noch mit ihren Klarnamen genannt, was einer – freilich unausgesprochenen – Aufforderung an die NS-Verfolger gleichkam, deren Aktivitäten doch möglichst bald ein Ende zu bereiten.

Krüger wurde am 5. Mai 1933 ein zweites Mal verhaftet und kam abermals ins Wiesbadener Polizeigefängnis. Nach einigen Wochen wurde er ins Zentralgefängnis Freiendiez und anschließend ins KZ Esterwegen überstellt. Dort musste er Schwerstarbeit im Moor verrichten und entsetzliche Misshandlungen durch seine Bewacher ertragen. Erst am 24. Dezember konnte er zu seiner Familie zurückkehren. Diese hatte in der Zwischenzeit ihre Wohnung räumen müssen und war in einer Kaserne in einer Notunterkunft einquartiert worden. Nach geraumer Zeit konnte der Fürsorgeempfänger jedoch mit seiner Familie eine neue, wenn auch feuchte feste Bleibe beziehen.

Die Kontaktaufnahme mit ihm wurde von der illegalen Parteiorganisation aus Sicherheitsgründen monatelang strikt vermieden, zumal davon auszugehen war, dass er wie üblich noch polizeilich observiert wurde. Erst Mitte 1934 fand er Anschluss an eine kleine lokale Widerstandsgruppe seiner Partei. Diese war nach dem sogenannten Dreiergruppensystem konspirativ abgesichert, sammelte Stimmungsberichte, bevorzugt solche zur Situation in den Betrieben, stellte regimekritische Flugblätter her und betrieb antinazistische Aufklärungsarbeit, dies sogar im Bereich der SA.

Am 20. August 1935 wurde Krüger zum dritten Mal verhaftet und über vier Gefängnisse wiederum ins KZ Esterwegen verbracht. Seit dem folgenden Jahr wurde er im KZ Sachsenhausen drangsaliert, aus dem er am 10. Oktober 1938 wieder entlassen wurde. Während jener Zeit mussten seine Frau Lina und ihre drei Kinder von einer kärglichen Fürsorgeunterstützung leben sowie von kleineren, mehr oder minder regelmäßigen Zuwendungen aus der kommunistischen Solidargemeinschaft. In der nächsten Zeit hatte Krüger sich täglich bei der Gestapo zu melden, die ihm dann aber eine Beschäftigung als Erdarbeiter bei der Baufirma Jakob Wiederspahn KG zuwies. Diese setzte ihn später als Tiefbautechniker und zuletzt als Bauführer ein und zwar bis zum Kriegsende.

An der politischen und gewerkschaftlichen Re-Demokratisierung beteiligte Krüger sich ab dem Frühjahr 1945 mit ganzer Kraft: seit Mitte Mai als Mitglied des Aufbau-Ausschusses Wiesbaden und dann auch des diesem im November nachfolgenden Bürgerrates, durch Mitwirkung an der basisdemokratischen Reorganisierung der Gewerkschaften und als Mitgründer der von der US-Militärregierung im Herbst lizensierten Demokratischen Einheitsgewerkschaft Wiesbaden wie auch durch sein Engagement im hier ebenfalls nur kurzzeitig bestehenden Einheitsausschuss von SPD und KPD. 1946 arbeitete er mit im Beratenden Landesausschuss und in der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen. Im selben Jahr wurde er Geschäftsführender Sekretär der Gewerkschaft Öffentliche Verwaltungen und Betriebe – Bezirk Wiesbaden, der späteren Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), rückte in den Landesvorstand seiner Partei auf und wurde in den Hessischen Landtag gewählt, dem er bis 1950 angehörte. Von 1948 bis 1952 war Krüger als KPD-Fraktionsvorsitzender in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung aktiv. 1952 wurde er als ÖTV-Sekretär nach Frankfurt versetzt, wo er bald für die Rechtsstelle zuständig wurde und ab 1959 bis zu seiner Verrentung im Jahr 1968 als 2. Vorsitzender und Stellvertretender Geschäftsführer tätig war. Damals trat er der gerade neu gegründeten DKP bei.

Krüger betätigte sich außerdem in vielen ehrenamtlichen Funktionen, so z. B. als Arbeitsrichter bzw. als Verwaltungsrichter in Frankfurt sowie als Teamer in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Besonders am Herzen lag ihm, der 1947 die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes mitgegründet hatte, die Vermittlung der Geschichte des antinazistischen Widerstandes. An seinem Lebensabend hat er dabei das antidemokratische Vorgehen seiner Partei während der Weimarer Republik und auch manches an ihrem Agieren während der Illegalität zunehmend kritisch beurteilt.

Dr. Axel Ulrich